Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft, Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die „Sachsen-Zeitung" erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in den Geschäftsstellen und Ausgabestellen [illegible] Mark im Monat, bei Zustellung durch die Boten [illegible] Mark, bei Postbestellung [illegible] Mark monatlich. Alle Postanstalten und Post- und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Früher: Wilsdruffer Tageblatt

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 2gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 50 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile der Zeitung 100 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen auch alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6

Die Sachsen-Zeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen u. a.

Nr. 49 — 83. Jahrgang. Tel.-Adr.: „Sachsenzeitung" Wilsdruff-Dresden. Postscheck: Dresden 2640 Mittwoch 27. Februar 1924

Die da leiden, ohne zu klagen.

Während des Krieges hat einmal ein Engländer mit seiner Rasse eigentümlichem Zynismus geäußert, Deutschland werde erst in vierzig Jahren die Folgen der Blockade so recht zu spüren bekommen. Das soll heißen, daß diese Blockade die Axt an die körperliche Lebenskraft unseres Volkes gelegt hat. Geht in die Schulen, geht in die Wohnungen der großstädtischen Arbeiterviertel — ihr werdet sehen, wie furchtbar wahr das Wort jenes Engländers geworden ist. Und die Axt an die geistige Lebenskraft unseres Volkes legte der Frieden von Versailles. Denn er schuf die furchtbare wirtschaftliche Not, die unsere Geistesarbeiter in den Maelstrom der allgemeinen Verelendung hineinriß.

Vor zwei Jahren erschien ein kleines Büchlein aus der Feder des Münsterer Universitätsprofessors und Reichstagsabgeordneten Dr. Schreiber, das sich „Die Not der deutschen Wissenschaft" betitelte. Hier wies ein Sachkundiger nach, wie die Valuta eine hohe Mauer um die deutsche Wissenschaft gezogen, wie diese jede Berührung mit der des Auslandes verloren hatte. Wie die wissenschaftlichen Institute zusammenbrechen und an eine merkliche Ausbildung unseres geistigen Nachwuchses kaum noch zu denken ist, weil die Notwendigkeit „Werkstudent" zu sein, die für das Studium notwendigen Mittel anderweit zu verdienen, im Bergwerk und in der Moorkultur, in den Räumen der Banken und bei der Arbeit auf dem Lande, den Studenten die beste Zeit zum Selbststudium fortnehmen; wie aber vor allem jene Schicht des Volkes, die seit Jahrhunderten den geistigen Nachwuchs liefern, Beamten und gewerblicher Mittelstand, sich immer mehr außer Stande sehen, den Söhnen die Kosten des Studiums zu gewähren.

Und seitdem ist es noch viel, viel schlimmer geworden. Nicht nur für diesen geistigen Nachwuchs, sondern für alle Geistesarbeiter.

„Recht auf Leben" — fürwahr, eine geringe, eine selbstverständliche Forderung ist es, die auf einer vom Schutzkartell für die notleidende Kulturschicht Deutschlands am Sonntag in Berlin veranstalteten Versammlung aufgestellt wurde. Die Verelendung der deutschen Kulturschicht aber ist Rückgang des Kulturbesitzes der ganzen Welt, weil gerade die Deutschen der Wissenschaft und Kultur unabsehbar große Schätze gespendet haben. Haben; denn das Elend, das über diese deutschen Geistesarbeiter hereinbrach, macht sie immer unfähiger, Neues zu spenden. Wenn es früher halb spöttisch hieß, daß die „Kunst nach Brot gehe", so ist dieser Gang nicht bloß für die Kunst, sondern auch für die Wissenschaft zum großen Teil vergeblich. Erschütternd ist, wie beispielsweise einer der „gefeiertsten" deutschen Dichter, Schmidtbauer, schreibt, daß er seit Monaten kein Fleisch mehr sich hat kaufen können und sich nun freut, von einem Verehrer zum — Schweinebraten eingeladen zu werden. Seine Ersparnisse für das Alter hat ihm die Geldentwertung vernichtet. Ihm wie vielen Tausenden von anderen. Und der Universitätsprofessor ist keine gar zu seltene Erscheinung, der während der Ferien mit Landarbeit sein Geld verdient. Und — sie klagen nicht, schreien ihr Elend nicht hinaus, sie leiden in aller Stille und gehen still hinaus aus der Welt, deren Furchtbarkeit ihr Dasein und Arbeit unmöglich macht. „Die kopflose Politik der französischen Staatsmänner bedeutet eine Gefahr für die Zivilisation", schrieb neulich Lloyd George, der freilich an dieser Gefahr sein großes Teil Schuld trägt.

Reichskanzler Marx wandte sich in der Sonntagsversammlung mit der ernsten Mahnung, zu helfen, besonders an die Kapitalkräftigen. Diese Pflicht werde dort noch zu wenig erkannt; aber unendlich wahr ist es, was Ludwig Fulda sagte, daß mit den deutschen Dichtern und Denkern gerade ihre treuen Freunde in Armut geraten seien, seit der Besitz aus den Händen der Gebildeten in die von „weniger Gebildeten" übergegangen, die deutsche Bücher nur in Luxusausgaben wahllos zusammenkaufen und für das Schicksal des Verfassers nur ein Achselzucken übrig haben. Was schreibt der auch Bücher! Soll er lieber Devisen schieben oder andere Geschäfte machen!

Denn das ist der letzte Untergrund der Not unserer Geistesarbeiter: die Nichtachtung der geistigen Arbeit. Die geheime Verachtung, die nicht bloß jene Kreise der Raffkes und Neureichen, sondern auch weite Schichten der anderweitig Erwerbskräftigen und auch der Handarbeiter gegen die „Stehkragenproletarier", selbst gegen die in ihren eigenen Reihen haben. Ehe sich unser Volk nicht auf sein Geistiges, seine Seele besinnt, wird der Ruf in jener Versammlung nach einer „Gemeinschaft von Kopf und Hand" ohne Erfolg bleiben. Freilich, ein Volk, das um die Erhaltung seines nackten Daseins ringt, vergißt zu leicht, daß der Geist es ist, der sich den Körper baut. Und daß das Schicksal unserer Geistesarbeiter das Schicksal unseres Volkes ist. Der Mensch lebt wirklich nicht vom Brot allein und es ist allerhöchste, allerletzte Zeit, daß gegenüber dieser Sucht nach dem rein Materiellen der Geist wieder in seine Rechte eingesetzt wird. Weil sonst verloren geht, was wir ererbt von unsern Vätern haben. Und wir mit ihm.

•

Aus der Rede des Reichskanzlers Marx sind noch folgende bezeichnenden Worte hervorzuheben:

„Wir müssen zu unserem großen Schmerz feststellen, die Finanzen des Deutschen Reiches und auch der einzelnen Länder sind derartig zerrüttet, daß es unmöglich ist, in einem solchen Umfang, wie es unseren Wünschen entsprechen würde, auch dem intellektuellen Teil der Bevölkerung eine solche Förderung und Unterstützung zuteil werden zu lassen, wie es notwendig wäre und wie wir es gern tun würden, wenn nicht der eiserne Zwang der Not es uns einfach unmöglich machte. Alle unsere Maßnahmen sind nur von dem einen Gedanken beseelt, unser Volk darf und soll nicht mehr in eine Inflation hineingeraten, in eine neue Inflationsperiode, wie sie vorher so viele Opfer gefordert hat. (Lebhafter Beifall.)

Unser Weg ist uns klar vorgeschrieben: Wir haben jetzt die Pflicht, alle miteinander, von der Regierung bis zum einzelnen Volksgenossen, die Zähne aufeinander zu beißen und uns zu sagen: „Nun müssen wir die nächsten Monate durchhalten". Es darf keine Inflation eintreten, kein Fall der Mark, unser Etat muß balancieren. Unsere Beamtenbezüge sind so geschmälert, daß es kaum erträglich

Die Oeffentlichkeit im Hitler-Prozeß ausgeschlossen.

Der erste Tag der Verhandlung.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

München, 26. Febr. Im Hitlerprozeß in München beantragte heute der Staatsanwalt, die Oeffentlichkeit auszuschließen, weil die Sicherheit des Staates und der öffentlichen Ordnung gefährdet werden könnte. Die Verteidigung erklärte, daß die Angeklagten nur aus vaterländischen Interessen gehandelt hätten und daß sie diese vaterländischen Interessen auch bei der Verteidigung berücksichtigen würden. Darauf zog sich das Gericht zur Beratung zurück. Nach kurzer Beratung verkündete der Vorsitzende den Beschluß, daß nach dem Antrag des Staatsanwalts in nichtöffentlicher Sitzung weiter verhandelt werden solle.

Bleibt Herr von Knilling Ministerpräsident?

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

München, 26. Febr. T.-U. Man beschäftigt sich hier mit Gerüchten, daß im Zusammenhange mit dem Reichswehrkonflikt, solange zwischen Bayern und dem Reiche kein Einvernehmen erzielt sei, auch die Stellung des Ministerpräsidenten von Knilling ernstlich gefährdet sei. Dieses Gerücht entbehre jedoch jeder Grundlage. Die Frage, ob Ministerpräsident von Knilling auch der Vertrauensmann des neuen Landtages sein werde, sei durchaus überflüssig, nachdem heute niemand wisse, wie dieser neue Landtag aussehen werde.

Hungerstreik völkischer Schutzhäftlinge.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

München, 26. Febr. Wie der „Völkische Kurier" meldet, sollen am Sonntag vier Schutzhaftgefangene in Landsberg in den Hungerstreik getreten sein. Die übrigen Schutzhaftgefangenen hätten beschlossen, heute ebenfalls in den Hungerstreik zu treten.

Abrücken der Reichswehr aus Thüringen.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

Weimar, 26. Febr. Wie die „TU." erfährt, haben die Reichswehrtruppen in Thüringen Abzugsbefehl erhalten. Dem Stabe ist eine Anweisung, Thüringen zu verlassen, noch nicht zugegangen.

Deutschlands Ersuchen um Aufnahme in den Völkerbund.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

Berlin, 26. Febr. Meldungen aus angeblich zuverlässiger Quelle besagen, daß Dr. Stresemann dem englischen Premierminister Macdonald vorgeschlagen habe, nach London zu reisen, um mit ihm eine Aussprache in der Frage der deutschen Goldnotenbank und in eine solche um Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund herbeizuführen. Macdonald soll höflich, aber entschieden diesen Vorschlag abgelehnt haben. Wie die „TU." von zuständiger Stelle erfährt, ist diese Meldung frei erfunden.

Ein sozialistischer Bürgermeister verhaftet

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

Haale (Saale), 26. Febr. Der sozialistische Bürgermeister Meier in Gräfenhainichen ist auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft Halle, die ein Untersuchungsverfahren gegen ihn eingeleitet hat, verhaftet worden.

Albert Thomas in Berlin.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

Berlin, 26. Febr. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, hatte auf der Durchreise von Warschau in Berlin eine Reihe von Besprechungen, um sich ein Bild über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands, insbesondere der deutschen Arbeiterschaft zu machen.

Ein unerhörtes Urteil eines französischen Kriegsgerichts.

Essen, 26. Febr. Vor dem französischen Kriegsgericht wurde gestern gegen den technischen Direktor König und den kaufmännischen Direktor Schmitz von der Gewerkschaft Langebrahn wegen Vergehens gegen die Verordnung Nummer 59 des kommandierenden Generals verhandelt. Den Angeklagten wurde zur Last gelegt, während der Zeit des passiven Widerstandes die Herausgabe der Grubenpläne verweigert zu haben. Das Gericht verurteilte die beiden Direktoren zu je 100 000 Mark Geldstrafe. Keines der französischen Kriegsgerichte hatte bisher eine Strafe von solcher Höhe verhängt.

Macdonald über das englisch-deutsche Uebereinkommen.

London, 26. Febr. Der englische Ministerpräsident machte im Unterhause am Montag Mitteilung von dem englisch-deutschen Uebereinkommen betr. die Ausfuhrabgaben. Unter anderem erklärte er, daß die Interessen des britischen Geschäftslebens die Arbeiterregierung zu diesem Abkommen mit Deutschland gezwungen haben. Dadurch würde das Vertrauen in den Handel der beiden Staaten erhöht, England plane, Deutschland die Erlangung einer großen Anleihe zu ermöglichen, von der ein beträchtlicher Teil von amerikanischen Banken übernommen werden würde. Die Meinung, daß Großbritannien zustimme, daß die Schuld Frankreichs und Italiens annulliert würde, müsse als lächerlich abgetan werden. Der weitere Fortschritt in der Reparationsfrage hinge von den Publikationen der Berichte der internationalen Sachverständigen ab.

Das deutsch-englische Abkommen über die Exportabgabe.

Berlin, 25. Februar. Die deutsche Regierung hat mit der englischen Regierung ein Abkommen über die Herabsetzung der 26prozentigen Reparationsabgabe auf 5 Prozent geschlossen. Das Abkommen ist am 2. Februar unterzeichnet und worden und tritt bereits am 26. Februar für alle Waren, die an oder nach diesen Tagen nach England eingehen, in Kraft. Die Erhebung erfolgt in genau der bisherigen Weise in England. Der englische Importeur hat also 5 Proz., berechnet bei der Einfuhr der Ware, in England an die britische Zollbehörde zu entrichten und zahlt 95 Proz. der Rechnung an seinen deutschen Importeur unter gleichzeitiger Uebersendung des Gutscheins von 5 Prozent. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, diesen Schein später, wenn die deutschen Finanzen geordnet sind, in einer dann noch genauer festzustellenden Form einzulösen. Bis dahin hat sie sich verpflichtet, Vorsorge zu treffen, daß die Abgabe nicht den englischen Exporteur belastet, resp. ihm in Rechnung gestellt wird. Eine sprechende Verordnung ist in Vorbereitung. Die deutsche Regierung verpflichtet sich weiter, alle Gutscheine, die aus der Wareneinfuhr aus England vor dem 26. Februar herrühren, sei es aus all den Kontrakten, sei es aus neuen Abschlüssen, in der bisherigen Weise durch E-Schatzanweisungen einzulösen. Es ist ferner von der britischen Regierung zugesagt worden, Erleichterungen für kleine Warensendungen eintreten zu lassen und alle Sendungen von geringem Werte ohne Erhebung der Abgabe frei nach England zu lassen.

Der wesentlichste Inhalt des Abkommens ist folgender: Das englische Schatzamt wird auf dem Verordnungswege die bisherige Abgabe von 26 Prozent, welche bei der Einfuhr deutscher Waren nach England an die britische Zollbehörde zu entrichten ist, mit Wirkung vom 26. Februar einschließlich auf 5 Prozent ermäßigen. Um sicher zu stellen, daß die nach dem Reparationsgesetz nunmehr in Höhe von 5 Prozent erhobene Abgabe nicht auf die britischen Importeure ganz oder teilweise abgewälzt wird, hat sich die deutsche Regierung bereit erklärt, die deutschen Exporteure zu einem späteren Zeitpunkte schadlos zu halten, und außerdem auch auf dem Verordnungswege zu dekretieren, daß, wenn diese Abgaben ganz oder teilweise den britischen Importeur belasten würde, der deutsche Exporteur seinen Rückerstattungsanspruch verliert und außerdem unter Strafe gestellt wird. Die deutsche Regierung wird den deutschen Exporteuren alle Beträge zurückvergüten, welche in der Zeit vom 17. November bis 26. Februar für in England gehandelte Waren erhoben worden sind, und zwar in E-Schatzanweisungen gemäß der Verordnung (Nr. 2 vom 9. 2. 24). Das gilt für alle Fälle, sowohl die in bezug auf die alten Kontrakte vor dem 17. November, als auch auf die neuen Kontrakte seit dem 17. November, in welchen die Beträge nicht bereits in bar oder in E-Schatzanweisungen vergütet sind. In den Fällen, in denen die Abgaben in all den R-Schatzanweisungen vergütet worden sind, wird die deutsche Regierung gegen Präsentation der alten Schatzanweisungen den Umtausch in neue Schatzanweisungen gemäß Verordnung vom 9. Februar fortsetzen. Es herrscht Uebereinstimmung darüber, daß die so zurückerstatteten Beträge den anspruchberechtigten Parteien zufließen sollen. Die britische Regierung verpflichtet sich, die völlige Freilassung kleiner Warensendungen von geringem Werte von der Abgabe zu prüfen.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF